

Billiges Gas ist auch keine Lösung

Krise Wie auf die steigenden Gaspreise wegen des Ukrainekriegs reagiert werden soll, ist im Landtag umstritten. Die einen fordern staatliche Finanzhilfen für Gaskunden. Die anderen das Ende der Gasheizungen.

VON DAVID SELE

Die Abhängigkeit vom russischen Gas kommt Europa derzeit teuer zu stehen. Wegen der Unsicherheiten aufgrund des Krieges in der Ukraine schiessen die Gaspreise durch die Decke. Zuletzt sah sich auch die Liechtensteinische Gasversorgung (LGV) gezwungen, die Preise für die Endverbraucher zu erhöhen, wobei der Kostenanstieg nicht vollumfänglich an die rund 5000 Bezüger weitergegeben wird.

Der Abgeordnete Walter Frick (VU) kritisierte, dass die LGV vergangenes Jahr sogar einen Gewinn von 1,9 Millionen Franken eingefahren habe. «Ist es wirklich zwingend notwendig, dass die LGV einen Gewinn erzielt?», fragte Frick. Er ist der Ansicht, dass der Staat und staatsnahe Betriebe wie die LGV den Preisanstieg für die Verbraucher abfedern sollten.

Wirtschaftsministerin Sabine Monauni entgegnete, dass die LGV mit den Preiserhöhungen keineswegs einen Gewinn erziele. Mit dem den Kunden belasteten Preisanstieg

würden lediglich die Kosten gedeckt. In der Sparte Erdgas weise die LGV keinen Gewinn auf. Dennoch, das lässt sich nicht wegdiskutieren, die Gasrechnung erhöhe sich nun im Vergleich zum ersten Quartal um weitere 26 Prozent, räumte Monauni ein.

Diese Mehrkosten nun aber mit Steuergeld auszugleichen, kommt für die Wirtschaftsministerin nicht infrage: «Es wäre der falsche Ansatz, jetzt in einem Aktionismus fossile Energieträger zu fördern», sagte Monauni. Das Problem müsse «ganzheitlich und nachhaltig» angegangen werden.

In dieselbe Kerbe schlug auch Wendelin Lampert (FBP). Mit Ausgleichszahlungen seitens des Staates «tun Sie den Hausbesitzern langfristig keinen Gefallen», sagte er in Richtung Walter Frick. «Wir müssen wegkommen von fossiler Energie, das ist das Gebot der Stunde», so Lampert. So sei es möglich, sich einerseits aus der Abhängigkeit von Russland zu lösen und andererseits einen Beitrag im Kampf gegen die globale Erwärmung zu leisten. «Ich fordere deshalb nicht billiges Gas, sondern das Ende der Gasheizung», so Lampert. Mittel- und langfristig sei der Einbau einer Wärmepumpe zudem auch für die Endverbraucher die kostengünstigere Alternative - angesichts der nun immer weiter steigenden Gaspreise sowieso.

Doch ein Windrad in Balzers?

Doch nicht nur die Preise für Energie, sondern auch die Versorgungs-

sicherheit gab im Landtag zu reden. Liechtenstein ist diesbezüglich an die Landesversorgung der Schweiz angeschlossen. Etwaige Sparmassnahmen würden demnach aus Bern angeordnet. In einer Mangellage sei angedacht, zuerst die Grossverbraucher, also insbesondere Unternehmen, einzuschränken, sagte Wirtschaftsministerin Sabine Monauni. Erst in einem nächsten Schritt würde es Privathaushalte treffen. Monauni versicherte zwar, dass derzeit weder beim Öl noch beim Gas oder beim Strom mit einem Engpass gerechnet wird. Dennoch ist auch klar, dass sich Liechtenstein nicht im Ansatz selbst mit Energie versorgen kann, wenn es hart auf hart kommt. Vor diesem Hintergrund sah es Thomas Rehak (DpL) angezeigt, den Eigenversorgungsgrad zu erhöhen. Er regte an, die Errichtung eines Windkraftwerks in Balzers wieder in Erwägung zu ziehen. Wohl hatten die Balzner das Projekt 2017 an der Urne versenkt, angesichts der geopolitischen Lage könnte sich der Wind aber sprichwörtlich gedreht haben, vermutet Rehak. Der Vorteil: Die Pläne für das Balzner Windrad wären bereits fertig ausgearbeitet, eine Realisierung also relativ rasch möglich.

Wirtschaftsministerin Monauni sagte, dass «jegliches Potenzial» zur Energiegewinnung abgeklärt werde. Ein Postulat der DpL, das sich dem Thema Wasserkraft widmet, will Monauni im Juni-Landtag beantworten.

Grosse Zustimmung für die PV-Pflicht

Energiewende Mit starker Mehrheit wurden die beiden Motionen der Freien Liste für eine Photovoltaik-Pflicht auf Liechtensteins Dächern überwiesen. Auch Ministerin Monauni freute sich über den Rückenwind. So wird die Regierung bald eine Vorlage mit ähnlichen Zielen - inklusive PV-Pflicht - präsentieren.

VON HANNES MATT

In den beiden Motionen fordert die Freie Liste ab 2025 eine Photovoltaik-Pflicht in Liechtenstein auf allen geeigneten Dachflächen bei Neubauten - zum einen für Wohngebäude und zum zweiten für Nichtwohngebäude, wie etwa Industriebauten, Gewerbetrieben oder Landwirtschaftsbetrieben. Den bestehenden Wohnbauten wird demnach eine Gnadenfrist bis zur nächsten Dachsanierung - für Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft bis spätestens dem Jahr 2035 gewährt. «Ein zögerliches Vorgehen beim PV-Ausbau können wir uns wegen des Klimawandel und der geopolitischen Lage nicht leisten», betonte Motionär Georg Kaufmann (FL). Patrick Risch (FL) fand deutlichere Worte für den raschen Ausbau und mehr Stromautarkie: «Das Set-up im Öl- und Gasgeschäft erinnert mich an Drogenhandel - und wir sind die Drogensüchtigen. Mit den hohen Energiepreisen bekommen wir unsere Abhängigkeit nun mit voller Härte zu spüren.» Das Ziel der Vorstösse - der möglichst schnellen Ausbau von PV-Anlagen mittels Pflicht, um auch den Klima- und Energiezielen gerecht zu werden - kam im Landtag bei den meisten Abgeordneten gut an.

Umdenken im Landtag

«Wenn wir nicht ganz schnell und konsequent reagieren, taumeln wir einfach nur in die nächste Krise», wie es Günter Vogt (VU) ausdrückte. Und Walter Frick (VU) hätte sich durchaus noch mehr Mut von der Freien Liste gewünscht, wie etwa eine zusätzliche Begrüpfungspflicht auf den Dächern oder den Verbot von fossilen Heizungen. Daniel Seger (FBP) verwies darauf, dass er unter normalen Umständen gegen eine



Die PV-Pflicht wurde im Landtag grossmehrheitlich begrüsst, v. l.: die FL-Motionäre Patrick Risch und Georg Kaufmann.

solche Pflicht gewesen sei. «Der Krieg in der Ukraine, der drohende Energienotstand oder die Embargos brachten mich aber zum Umdenken.» «Eine Pflicht ist zwar sehr unpopulär, wir müssen die Massnahme aber nutzen», befand Sebastian Gassner (FBP). Auch Manfred Kaufmann (VU) hätte zwar lieber auf Anreize statt Zwang gesetzt, er sprach sich schlussendlich aber ebenfalls für die Motionen aus.

Wichtig war allen Befürwortern, dass die bislang grosszügigen Förderungen auch bei einer Pflicht weiterhin ausbezahlt werden. Und es wurde dazu der Vorschlag eingebracht, dass hier noch mit zinslosen Darlehen nachgeholfen werden könnte. Es waren sich auch alle einig, dass insbesondere heutzutage eine PV-Anlage mehr als rentieren würde - und spätestens nach zehn Jahren amortisiert sei. In Georg Kaufmanns Beispiel sogar nach sechs bis acht Jahren. Auch Wendelin Lampert (FBP) war Feuer und Flamme für die

Motionen: «Wir sind eigentlich schon zu spät. Es ist nun höchste Zeit, Nägel mit Köpfen zu machen.»

Es gab auch Gegenstimmen

Gegen die PV-Pflicht stimmte hingegen Karin Zech-Hoop (FBP), die in der PV-Pflicht die Gefahr von blindem Aktionismus ortete. Oder Sascha Quaderer (FBP), der befand, dass Überzeugen immer noch besser sei als erzwingen: «Und jeder, der rechnen kann, installiert heute eine PV-Anlage auf seinem Dach.» Auch die DpL-Abgeordneten konnten sich mit den Motionen der Freien Liste nicht anfreunden - unter anderem mit der Argumentation, dass dies Schnellschüsse seien. Thomas Rehak (DpL) machte zudem auf Hürden mit Blick auf die Bauordnungen der Gemeinden aufmerksam.

Die Motionäre wiesen die Bedenken aber ab - insbesondere, dass es sich um Schnellschüsse oder Zwang handeln würde. «Da müssen wir schon unterscheiden - Impfpflicht und

Impfzwang waren ja auch nicht dasselbe», wie Manuela Haldner-Schierscher argumentierte. «Eine Pflicht kann man auch so sehen, dass der Staat fordert, aber auch fördert.»

«Unsere Vorlage nicht gefährdet»

Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni, die sich bereits mehrfach für ein ambitioniertes Vorgehen bei erneuerbaren Energien ausgesprochen hatte, begrüsst die Vorstösse und deren Stossrichtung - auch wenn sie etwas ungelogen kommen würden. So sei die Vernehmlassungsvorlage zu einer EU-Gebäuderichtlinie (MuKE) in der finalen Phase, die ebenfalls eine PV-Pflicht für Neubauten beinhalten soll. «Und zwar unabhängig, ob Anlagen auf dem Dach oder an der Fassade installiert werden», wie Monauni erklärte. Die Motionen würden zudem noch etwas weiter gehen als die geplante Vorlage: Bei Bestandsbauten hätte diese nämlich keine Pflicht, sondern lediglich

Förderanreize gesetzt. Dagegen sei das Einführungsdatum mit 2023 etwas sportlicher gewählt als die beiden Motionen zwei Jahre später. «Wir werden uns durch die Vorstösse aber nicht ausbremsen lassen», so die Regierungschef-Stellvertreterin mit Verweis, dass die Vernehmlassungsvorlage bei der Annahme der Motionen nicht gefährdet sei. Weiterführende Punkte könne man ja mit einer neuen Vorlage nochmals auf den Tisch bringen. Auch Infrastrukturministerin Graziella Marok-Wachter sah es als wichtig und richtig an, die PV-Flächen weiter auszubauen. Mit Blick auf die von Rehak angesprochenen Hürden im Baugebiet verwies sie darauf, dass dies aber auf jeden Fall lösbar sei.

Schlussendlich wurde die erste Motion für die PV-Pflicht bei Wohngebäuden im Landtag mit überwältigender Mehrheit von 19 zu 5 Stimmen überwiesen. Dagegen sprachen sich lediglich die DpL-Abgeordneten Thomas Rehak und Herbert Elkuch sowie die FBP-Abgeordneten Sascha Quaderer, Bettina Petzold-Mähr und Karin Zech-Hoop aus. Bei der zweiten Motion die Nichtwohngebäude betreffend, wünschte sich der Landtag noch eine Anpassung am Motionstext - nicht dass etwa bei Landwirtschaftsgebäuden ohne Stromnutzung oder -anschluss eine PV-Anlage montiert werden muss. Dies lösten die Motionäre mit dem Zusatz, «dass eine Abweichung von der Pflicht für Dachflächen möglich ist, bei denen eine PV-Anlage erwiesenermassen ineffizient oder nicht sinnvoll erscheint». Nichtsdestotrotz gab es hier einige Gegenstimmen, so gesellten sich noch die VU-Abgeordneten Thomas Vogt, Mario Wohlwend und Gunilla Marxer-Kranz hinzu. Überwiesen wurde die zweite Motion mit 14 zu 9 Stimmen zu später Stunde gestern trotzdem.